Niederschrift

über die Sitzung des Rates

Sitzungs-Nr.:	**Rat/023/2007**
Sitzungs-Tag:	**16.10.2007**
Sitzungs-Ort:	**Brakel, Am Markt, Sitzungssaal "Alte Waage"**
Beginn der Sitzung:	**18:00 Uhr**
Ende der Sitzung:	**20:10 Uhr**

Bürgermeister:

Spieker, Friedhelm

CDU:

Allerkamp, Franz-Hermann
Gerdes, Ferdinand
Giefers, Raimund
Grewe, Ursula
Hartmann, Rainer
Heilemann, Stefan
Krömeke, Johannes
Lange, Heinz
Lohre, Helmut
Markus, Norbert
Muhr, Adolf
Neu, Walburga
Peter, Bernd
Rode, Alexander
Walker-Fimmel, Evelyn
Wulff, Michael

SPD:

Aßmann, Peter
Beineke, Elisabeth
Kruse, Johannes
Löffelbein, Angelika
Multhaupt, Dirk
Multhaupt, Hans-Jürgen
Wohter, Rudolf

UWG/CWG:
Rissing, Robert
Rohde, Burkhard
Tobisch, Johannes
Wintermeyer, Paul

Bündnis`90/DIE GRÜNEN:
Schulte, Meinolf

FDP:
Hartmann, Manfred

Von der Verwaltung nehmen teil:

Temme, Hermann	
Groppe, Johannes	
Oesselke, Andreas	als Schriftführer

Es fehlen die Ratsmitglieder:

Disse, Ulrich	CDU
Hogrebe-Oehlschläger, Ulrike	Bündnis ´90/DIE GRÜNEN
Volkhausen, Erwin	UWG/CWG

Tagesordnung	Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung	
1. Beteiligung an der EU-Strukturfondsförderung (LEADER) Berichterstatter: Bürgermeister	128/2007
2. Teilnahme am Programm Landesfond "Kein Kind ohne Mahlzeit" Berichterstatter: StOVR Temme	143/2007
3. Ausbau der Geschwister-Scholl-Hauptschule Brakel zur Ganztagsschule; Überschreitung des festgelegten Kostenrahmens Berichterstatter: StBAR Groppe	145/2007
4. Standgeldtarife für Annentagsbierstände 2008 und 2009 Berichterstatter: VA Gawandtka	136/2007
5. Bekanntgaben der Verwaltung	
6. Anfragen der Ratsmitglieder	
6.1. Zusammenlegung ARGE	
6.2. Michaelismarkt	

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Sitzungsteilnehmer und stellt die **Beschlussfähigkeit** fest.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1.	**Beteiligung an der EU-Strukturfondsförderung (LEADER)** Berichterstatter: Bürgermeister	128/2007

Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass der Antrag zur Beteiligung an der EU-Strukturfondsförderung (LEADER) zwischenzeitlich gestellt wurde.

Er stellt ferner die Lokale Arbeitsgruppe (LAG) und deren Aufgaben kurz vor. Die Förderquote liegt bei 50 %.
Da kaum noch Förderprogramme bestehen, sollte man diese Förderchance nutzen.

Ratsherr **Wintermeyer** bekräftigt die Aussagen des Bürgermeisters und bittet darum diese Chance zu nutzen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig**, dem Beschluss der lokalen Aktionsgruppe Kulturland Kreis Höxter vom 24. August 2007 beizutreten und wird mit seinen Möglichkeiten alles daran setzen, das Entwicklungskonzept mit den hier genannten Zielen, Projekten und Maßnahmen zu fördern und die nationale öffentliche Kofinanzierung sicher zu stellen.

2.	**Teilnahme am Programm Landesfond "Kein Kind ohne Mahlzeit"** Berichterstatter: StOVR Temme	143/2007

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung durch StOVR **Temme** erklärt Ratsherr **Aßmann**, dass dieses ein guter Ansatz ist. Er erklärt, dass die Personengruppen, die unter diese Förderrichtlinien fallen, in einer schwierigen Situation leben und das selbst der eine Euro Eigenanteil in Einzelfällen nicht erbracht werden kann. Er beantragt daher, dass die Stadt Brakel ab 2008 den kompletten Zuschussbetrag übernehmen sollte. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass jedes Kind wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag zu sich nehmen kann.

Ratsherr **Lohre** entgegnet, dass jetzt erst einmal der Beschluss gefasst werden müsste, ob seitens der Stadt Brakel eine Teilnahme am Programm erfolgen soll. Eine höhere Bezuschussung ab 2008 sollte im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert werden.

Ratsherr **Schulte** entgegnet, dass die Förderung eine Sache des Landes ist. Seiner Meinung nach sollte man einen gewissen Eigenanteil auch bei den betreffenden Eltern belassen.

Bürgermeister **Spieker** sieht die Gefahr, dass bei einem derartigen Verhalten der Stadt Brakel, das Land weitere versteckte Kosten auf die Kommunen abwälzen wird.

StOVR **Temme** erläutert, dass in den Regelsätzen der Sozialhilfe / Hartz IV, die auf Grundlage eines bestimmten Warenkorbes festgesetzt wurden, auch entsprechende Mittel für ein Mittagessen enthalten sind. Bei einer vollständigen Kostenübernahme würde dieses doppelt finanziert.

Ratsherr **Aßmann** bekräftigt nochmals sein Anliegen, dass es in Brakel gewährleistet sein müsste, dass jedes Kind eine warme Mahlzeit pro Tag einnehmen kann. Andere Städte in NRW würden ebenso handeln.

Ratsherr **Rissing** nimmt Bezug auf die derzeitige Situation in der Grundschule Brakel und erklärt, dass die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Bezuschussung einen vernünftigen Konsens darstellt.

Bürgermeister **Spieker** fasst abschließend noch einmal zusammen, dass jetzt zunächst über die Teilnahme am Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ beschlossen wird.
Eine Entscheidung über eine mögliche Totalförderung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2008 erfolgen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig** die Teilnahme am Programm Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" ab dem Schuljahr 2007/08 entsprechend den dazu erlassenen Förderrichtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. August 2007.

3.	**Ausbau der Geschwister-Scholl-Hauptschule Brakel zur Ganztagsschule; Überschreitung des festgelegten Kostenrahmens** Berichterstatter: StBAR Groppe	145/2007

Nach kurzem Sachvortrag teilt StBAR **Groppe** mit, dass die Ausschreibungen für die restlichen Baumaßnahmen zwischenzeitlich erfolgt sind.
Derzeit liegt die Überschreitung bei ca. 137.000,- € oder ca. 7,5 %.

Ratsherr **Lohre** erklärt, dass die bestehenden Irritationen durch Fehlinformationen seitens des Architekten Krawinkel hervorgerufen wurden.
Er beantragt, den Kostenrahmen nur um 150.000,- € zu erweitern.

Bürgermeister **Spieker** entgegnet, dass noch nicht alle Ausschreibungen erfolgt sind.

StBAR **Groppe** bestätigt, dass im Bereich Hochbau alle Ausschreibungen submissioniert sind, jedoch das Inventar noch nicht ausgeschrieben wurde.

Auf die Anfrage des Ratsherrn **Heilemann**, ob das komplette Inventar ausgetauscht wird, teilt StBAR **Groppe** mit, dass seitens der Schule eine Inventarliste aufgestellt wurde, aus der auch hervorgeht, welches Mobiliar weiterverwendet werden kann. Dadurch, dass insgesamt mehr Räume vorhanden sind, ist aber auch ein Mehrbedarf an Inventar erforderlich.

Bürgermeister **Spieker** hinterfragt, ob eine intakte Schule gebaut werden soll und erläutert, dass die Stadt Brakel für dieses Bauprojekt einen 90%igen Zuschuss erhält. Andere Städte haben nur einen Zuschuss von 40 % erhalten.

Ratsherr **Aßmann** erklärt, dass er sich die der Vorlage beigefügte Aufstellung schon früher gewünscht hätte. Auf Nachfrage im Rahmen der Dringlichkeitsentscheidung für die Rohbauarbeiten, hieß es, dass diese Mehrausgabe im Rahmen liegen würde. Er stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu.

Ratsherr **M. Hartmann** teilt mit, dass er sich in dieser Angelegenheit kein sachkundiges Urteil bilden kann und sich daher bei der Abstimmung enthalten wird.

Bürgermeister **Spieker** stellt klar, dass es sich um eine Kostenschätzung gehandelt hat. Die zwischenzeitlich eingetretene Preissteigerung im Baubereich war nicht durch den Architekten zu erkennen. Es wurde soweit möglich alles getan, um im Kostenrahmen zu bleiben. Seitens der Verwaltung wurde im Bauausschuss Rede und Antwort gestanden. Er erinnert auch daran, dass bewusst kein Generalunternehmer eingesetzt wurde, damit möglichst viele Aufträge an die heimische Wirtschaft vergeben werden konnten.

Ratsherr **Heilemann** bittet, sofern es zu einem Mehrbedarf für das Inventar kommt, diesbezüglich um Stellungnahme der Schule.

Ratsherr **Krömeke** regt an bei zukünftigen Projekten in dieser Größenordnung regelmäßig im Ausschuss (in Form der vorgelegten Aufstellung) zu berichten. Bürgermeister Spieker entgegnet, dass im Bauausschuss informiert wurde.

Ratsherr **Lohre** übt Kritik am Architekten wegen der fehlenden Informationen im Zusammenhang mit dem Rohbau.

Bürgermeister **Spieker** lässt zunächst über den Verwaltungsvorschlag, als den weitergehenden Antrag, abstimmen.

Beschluss:

Der Rat lehnt einstimmig bei drei Enthaltungen ab, den vom Bauausschuss festgelegten absoluten Kostenrahmen von 1,805 Mio € auf nunmehr 2,0 Mio € zu erweitern.

Der Rat beschließt **einstimmig bei drei Enthaltungen** den Antrag der CDU-Fraktion, den vom Bauausschuss festgelegten absoluten Kostenrahmen von 1,805 Mio € auf nunmehr 1,955 Mio € zu erweitern.

4.	**Standgeldtarife für Annentagsbierstände 2008 und 2009** Berichterstatter: VA Gawandtka	136/2007

Nach kurzem Sachvortrag ergänzt StOVR **Temme**, dass sich der BzA Brakel in seiner Sitzung am 09.10.2007 mit dieser Angelegenheit befasst und mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprochen hat.

Ratsherr **Aßmann** beantragt, dass Standgeld bei 1.400,- € beizubehalten.

Ratsherr **Lohre** erklärt, dass der Haushalt der Stadt Brakel im Bereich Märkte ein Defizit von ca. 50.000,- € aufweist, welches es zu verringern gilt.

Ratsherr **Aßmann** entgegnet, dass alle Märkte dieses Defizit „erwirtschaftet“ haben.

Ratsherr **Wintermeyer** führt aus, dass der Anteil für die Wirte ausgereizt sei. Das Defizit müsste auf alle Beschicker zum Annentag verteilt werden. Ferner sollte überlegt werden, inwieweit noch Einsparungen auf der Kostenseite möglich sind.

Ratsherr **Lohre** erinnert daran, dass der Rat an erster Stelle den Haushalt im Auge behalten muss.

Ratsherr **Schulte** hält das vorgeschlagene Standgeld von 2.000,- € für sehr hoch.

Ratsherr **Aßmann** erläutert, dass die heimischen Wirte auch in Brakel investieren und das aufgrund des Rückgangs im Bereich des Ausschankes in einer schwierigen Situation sind.

Ratsherr **Wulff** teilt mit, dass ihm noch keine Einsparmöglichkeiten zum Annentag seitens des Rechnungsprüfungsausschusses bekannt sind. Ferner erfolgt die Standgeldfestlegung vor der Bewerbungsabgabe.

Ratsherr **M. Hartmann** erklärt, dass für ihn zur Attraktivität eines Marktes auch ein niedriger Preis gehört.
Ein konstanter Bierpreis steht jedoch im Widerspruch mit höheren Standgeldern.

Ratsherr **H. Multhaupt** teilt mit, dass seitens des Rechnungsprüfungsausschusses sehr wohl Einsparpotenziale vorgelegt wurden. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit diese umsetzbar sind.

Ratsherr **Rissing** bestätigt die Aussage des Ratsherrn Multhaupt und regt an, die Standgelder beizubehalten und zunächst die Einsparmöglichkeiten abzuwarten.

Ratsherr **Lohre** gibt zu verstehen, dass die Kalkulation des Bierpreises allein Sache des jeweiligen Wirtes ist. Dies ist auch der Grund für die geringfügige Verlängerung der Bewerbungsfrist.

Ratsherr **Krömeke** erinnert an die Diskussionen zu diesem Thema im vergangenen Jahr und das Gespräch mit den Schaustellern.

Bürgermeister **Spieker** erinnert ebenfalls an das Gespräch mit den Schaustellern, an dem die Fraktionen beteiligt waren. Er führt aus, dass es die Wirte im Investment einfacher haben als die anderen Marktbeschicker.
Die Preise sind Sache des Marktes. Derzeit liegen bereits 15 – 20 Bewerbungen für einen Bierstand vor.
Er bekräftigt noch einmal, dass man diesbezüglich das öffentliche Interesse beachten muss. Es darf keine Diskussion nur über die Bierstände geben, sondern diese muss das Volksfest Annentag im Ganzen einbeziehen.

Auf die Anmerkung des Ratsherrn **Wintermeyer**, dass Brakeler Wirte den Annentag betreiben und dies eine gute Tradition sei, erklärt Bürgermeister Spieker, dass es sich bei den angesprochenen Bewerbungen mit einer Ausnahme ausschließlich um heimische Wirte handelt.

Ratsherr **Aßmann** nimmt bezug auf das Schaustellergespräch und teilt mit, dass die Einladung hierzu erst einen Tag vorher ergangen ist. Zunächst sei hierbei eine 100%ige Steigerung geplant gewesen und dann seitens des Bürgermeisters eine 30%ige Erhöhung für Imbiss-Betriebe angeboten worden.
Eine Aussage des Bürgermeisters diesbezüglich sei auch gewesen, dass für ihn „ein Bierpreis von 1,20 € ein Volkspreis sei“.

Ratsherr **Lohre** erinnert noch einmal an die Sichtweise der Stadt und die Verantwortung gegenüber dem städt. Haushalt.

Ratsherr **M. Hartmann** bekräftigt die Aussage des Bürgermeisters, dass der Markt den Preis macht und nicht bestimmt werden darf.

Ratsfrau **Löffelbein** und Ratsherr **Muhr** beantragen den Schluss der Debatte.

Beschluss:

Es wird **mehrheitlich bei 12 Gegenstimmen und 1 Enthaltung** beschlossen, das Standgeld für Bierstände auf dem Annentagsgelände (Tarifstelle 7 b des Standgeldtarifes vom 8.2. 2007) für die Jahre 2008 und 2009 auf € 2.000,oo netto anzuheben. Dieser Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

5. Bekanntgaben der Verwaltung

Es liegen keine Bekanntgaben der Verwaltung vor.

6. Anfragen der Ratsmitglieder

6.1. Zusammenlegung ARGE

Bezüglich der Zusammenlegung der ARGE Standorte auf Warburg und Höxter bittet Ratsherr **Aßmann** um weitere Informationen.

Bürgermeister **Spieker** erläutert, dass diese Entscheidung durch die Trägerversammlung der ARGE erfolgt ist, die sich aus zwei Bürgermeister und Vertretern des Arbeitsamtes und des Kreises zusammensetzt.

Diese Thematik wurde auch in der Bürgermeisterkonferenz diskutiert. Der Geschäftsführer der ARGE hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, dass er im Kreis Höxter 10 Kleinstdienststellen betreuen muss und diese Zusammenlegung einen Abbau von Schnittstellen zur Folge hat.

Das Warburg und Höxter ausgewählt wurden hat damit zu tun, dass dort auch jeweils ein Standort des Arbeitsamtes ist. Zu den Hauptaufgaben der ARGE gehört auch die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und daher ist diese Konzentrierung sinnvoll und nachvollziehbar.

Auf die Anmerkung des Ratsherrn **Schulte**, dass früher argumentiert wurde, dass die Kommune ihre „Pappenheimer“ kennt, teilt Bürgermeister **Spieker** mit, dass seitens der Stadt Brakel 2 Mitarbeiterinnen hierfür abgestellt werden.

6.2. Michaelismarkt

Ratsfrau **Grewe** nimmt Bezug auf den Pressehinweis unter „Einer geht durch die Stadt...“., in dem „angeprangert“ wird, dass nur wenige Ratsmitglieder an der Eröffnung des Michaelismarktes teilgenommen haben und weist darauf hin, dass die Einladung zum Michaelismarkt erst sehr spät eingegangen sei.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

gez. Spieker	gez. Oesselke
Spieker	Oesselke
(Bürgermeister)	(Schriftführer)